



Titel/Title:

Autor*innen/Author(s):

Veröffentlichungsversion/Published version:

Publikationsform/Type of publication:

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Verfügbar unter/Available at:

(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

Zusätzliche Informationen/Additional information:

Die Verunsicherung der Welt. Aktuelle Gewaltkonflikte und globale Ordnung

Roy Karadag / Klaus Schlichte

The unsettledness of the world. Current violent conflicts and global order

Abstract: Political science has only marginally worked on the most recent dynamics of war development in the Middle East and on the African continent. This article suggests an interpretation, based on the „Hamburg approach“ to the study of war, which focuses on conflictive modernization processes and institutional legitimacy deficits. Whilst form and incumbency of state domination are at the center of these violent conflicts, their most visible product of the laboratories of multilateral intervention is rather an internationalization of political domination than what liberal approaches label as “global governance”. In order to grasp these changes, political science has to re-think the sociology of the state and to rediscover political violence as a subject of research and theory.

Keywords: State, war, International Relations, intervention, political sociology, global governance

Schlagwörter: Staat, Krieg, Internationale Beziehungen, Intervention, politische Soziologie, Entwicklung

1. Einleitung

Mit der Expansion der kriegerischen Gewalt in Syrien und Irak, der überraschenden Eskalation des Konflikts in und um die Ukraine und der offensichtlichen Vergeblichkeit, mit massivem Aufwand in Afghanistan eine legitime politische Ordnung zu errichten, scheinen die Möglichkeiten internationaler Politik beschränkter als noch vor wenigen Jahren. Insbesondere durch die schnelle Eskalation des Konflikts um die Ukraine einschließlich der aus vergangenen Jahrhunderten stammenden Praxis der Annektierung scheint die internationale Ordnung selbst in Frage gestellt.

Es ist eine von der politikwissenschaftlichen Forschung noch weithin unerledigte Aufgabe, diese jüngsten Dynamiken im internationalen System und die kriegerischen Ereignisse der Gegenwart in ihrem Eigenrecht zu analysieren, ohne die historischen und aktuellen Wirkungszusammenhänge zwischen der Gewalt dort und der Legitimierung der intervenierenden Gewalt hier zu vergessen. Dieser einleitende Beitrag, aber auch die folgenden Aufsätze über die internen Dynamiken, regionalen Einbettungen und Internationalisierungen gegenwärtiger Kriege sollen zu einem solchen besseren Verständnis dieser Zusammenhänge zwischen lokalen

Gewaltdynamiken und internationaler Politik beitragen. Die Hauptthesen dieses Beitrags sind dabei folgende:

1. Es hat in den vergangenen Jahren keine grundsätzliche Veränderung der Dynamiken des Kriegsgeschehens gegeben. Auch die ursächlichen Zusammenhänge sind bekannt. Die einzige wesentliche Veränderung gegenüber früheren Zeiträumen besteht in der Form und dem Ausmaß der Internationalisierung dieser Konflikte und der aus dieser Internationalisierung resultierenden Figurationen politischer Herrschaft.
2. Die zentrale Problemlage, die den gewaltsam eskalierenden Konflikten zugrunde liegt, ist die blockierte politische Entwicklung bei gleichzeitigem massiven sozialen Wandel. Die Effekte sozialer Schließung neuer Oligarchien werden von international favorisierten liberalen Politiken gestützt. Die gleichzeitige Politisierung sozialer Widersprüche sorgt für die anhaltend hohe Konfliktivität. In diesen Konstellationen fehlen die Institutionen, die die entstehenden sozialen Konflikte prozessieren könnten.
3. Im Zentrum dieser Konflikte stehen die Form und die Öffnung staatlicher Herrschaft. Doch weil die gegenwärtige Weltzeit keine Stärkung machtvoller bürgerlicher Schichten und staatlicher Ordnungen ermöglicht, bleibt die im Sinne einer *Global Governance* formulierte Rationalisierung politischer Herrschaft und ökonomischer Entwicklung aus.
4. Auch die Politik der Intervention in ihren sicherheits- und entwicklungspolitischen Formen kann diese Widersprüche nicht auflösen und wird deshalb selbst dilemmatisch. Trotz ausgreifender Institutionalisierung internationaler Politik zeigen die gegenwärtigen Kriege, wie widersprüchlich, vielfach gebrochen und ungleichzeitig Politik in der Weltgesellschaft ist.
5. Die etablierten Ansätze der „Internationalen Beziehungen“ bieten in dieser Situation keine angemessene Analytik. Eine soziologisch und historisch erweiterte Disziplin, eine historisch informierte politische Soziologie der Weltgesellschaft ist nötig, um die Genese und Dynamik des gegenwärtigen Kriegsgeschehens besser zu verstehen und um zur Entwicklung einer angemessenen Politik beizutragen.

Zur Untermauerung dieser Argumentation gehen wir wie folgt vor: Nach einer Darstellung der relevanten Strukturen und Dynamiken, die Gewaltkonflikten zugrunde liegen, bewerten wir zunächst die Argumentationsfiguren des innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen inzwischen dominant gewordenen liberal-internationalistischen Paradigmas. Unseres Erachtens erfasst dieses Paradigma weder die genannten Strukturen und Dynamiken noch die Dynamiken staatlicher Herrschaft selbst in angemessener Weise. Ohne Rückgriff auf diese Dynamiken ist aber nicht verstehbar, warum sich die Erwartungen der durch den liberalen Internationalismus inspirierten *Global Governance* von Entwicklung und Demokratie nicht realisieren lassen. Was sich stattdessen herausbildet, sind immer tiefere Formen von internationalisierter Herrschaft, die sich relativ einfach reproduzieren. Die Grundprobleme und Gewaltdynamiken, zu deren Bewältigung sie ursprünglich vorgesehen war, bleiben allerdings bestehen.

2. Zur Kontinuität kriegsursächlicher Prozesse

Für die Erklärung kriegerischer Gewalt ist zunächst ein Blick auf statistische Befunde hilfreich: Unabhängig von unterschiedlichen Operationalisierungen und Definitionen stimmen die Beobachter in einigen Hauptbefunden überein (Chojnacki u. Reisch 2008; Gleditsch et al. 2002; Schreiber 2011):

- Das Kriegsgeschehen nach 1945 wird von innerstaatlichen Kriegen dominiert. Die Zahl zwischenstaatlicher Kriege ist tendenziell rückläufig, auch wenn sich in fast allen innerstaatlichen Kriegen durch Interventionen von Nachbarstaaten, Regional- oder Großmächten das Gewalthandeln internationalisiert.¹
- Dabei bilden, der Kriegsdefinition der Hamburger „Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung“ (AKUF) folgend, die USA, Großbritannien und Frankreich zusammen mit Regionalmächten wie Indien, Irak, Israel oder Syrien die Gruppe der Staaten mit den meisten Kriegsbeteiligungen.
- Die Schwerpunkte des Kriegsgeschehens haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg aus Europa in andere Weltregionen verlagert: Über 90 Prozent der – je nach Definition – zwischen 80 und 240 Kriege zwischen 1945 und 2010 ereigneten sich in Lateinamerika, Asien, Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten.
- Militärische Entscheidungen im Sinne von Sieg und Niederlage stehen immer seltener am Ende des Krieges. Über den Zeitraum besonders der letzten zwanzig Jahre hat der Anteil von Vermittlungen als Ende des Krieges stetig zugenommen.

Ein Strukturwandel gewaltförmiger Konflikte wird damit sichtbar: Die weit überwiegende Mehrheit der Kriege nach 1945 sind zunächst innerstaatliche Kriege, die sich im Verlauf auf unterschiedliche Weise internationalisieren. Im „Hamburger Ansatz“ der Kriegsursachenforschung wurde in den 1990er Jahren eine Theoretisierung entwickelt, die stark historisch-soziologisch orientiert soziale Dynamiken zum analytischen Ausgangspunkt für die Bestimmung kriegsursächlicher Prozesse wählte (Siegelberg 1994; Jung et al. 2003). Diesem Ansatz zufolge ist es der kapitalistisch induzierte Transformationsprozess in der Weltgesellschaft², der in postkolonialen Gesellschaften Ursache großer sozialer Konflikte ist. Mit Stichworten wie Urbanisierung, Monetarisierung, Informalisierung und Inwertsetzung ist nur unzureichend charakterisiert, wie umfassend dieser Prozess des Übergangs von Gemeinschaft zu Gesellschaft Lebenswelten, soziale und politische Zusammenhänge transformiert. Die Prozessanalysen der Hamburger Kriegsursachenforschung konnten zeigen, wie sich strukturgeschichtliche Bedingungen über die Wahrnehmung und die Formierung der Akteure und ihr Konfliktverhalten bis hin

1 Es ist vor allem diese lange Tendenz, die die These von den „neuen Kriegen“, vertreten von Mary Kaldor (1998) und übernommen von Herfried Münkler (2002), übersah. Trotz zwingender wissenschaftlicher Gegenargumente (Kalyvas 2001; Gantzel 2002; Kahl u. Teusch 2004) hält sie sich im öffentlichen Raum.

2 Zum Kapitalismus- und Weltgesellschaftsbegriff des hier verfolgten Ansatzes siehe Siegelberg (1994), Jung (2002), und Jung et al. (2003).

zu kriegerischer Gewalt umsetzen (Kurtenbach 1991; Jung et al. 2003; Bakonyi et al. 2006).

Die Auflösung traditionaler Vergesellschaftungsformen führt zu einem Vakuum der politischen Regulation, denn zeitgleich gelingt es nicht, politische Institutionen zu schaffen, die diese Konflikte prozessieren könnten. In diesen instabilen politischen Situationen werden Traditionalismus, Fundamentalismus und Rassismus sowie eine generelle Tendenz zur Diffusion und Privatisierung gesellschaftlicher Gewaltpotenziale zu konstitutiven Merkmalen des Übergangs (Jung et al. 2003, S 29). Soziale Konflikte werden im religiösen oder ethnischen Gewand ausgetragen, wobei der Übergang zur Gewalt vor allem auf drei Wegen geschieht: über die Formierung gewaltkompetenter ad-hoc-Koalitionen, über den Mechanismus von Repression und Radikalisierung³ oder über die Verselbständigung staatlicher Gewaltdelegation (Schlichte 2009, Kap. 2). Im Zentrum dieser politischen Formierungen und der Gewaltkonflikte stehen – auch das ist eine durchgehende Beobachtung – immer die Form und die Innehabung staatlicher Herrschaft (Holsti 1996; Schlichte 2006).

Diese konfliktive Gemengelage, die sich in allen Erdteilen, wenn auch phasenverschoben aus kapitalistisch induzierten Modernisierungsprozessen ergeben hat, liegt auch den gegenwärtigen Gewaltkonflikten zugrunde. Die besondere Schwere, die sich in räumlich und zeitlich weit ausgreifenden Gewaltkonflikten ergibt, hat ihre Ursache aber auch in Eigendynamiken, die sich innerstaatlichen Kriegen aus den legitimierenden und delegitimierenden Effekten der Gewaltausübung selbst ergibt.

Besonders in den Regionen, in denen sich schon zu Zeiten des Ost-West-Konflikts eine starke Internationalisierung des Kriegsgeschehens ergeben hat, hat sich die Gewalt als Mittel des Konfliktaustrags verstetigt. Afghanistan, Teile des Mittleren und Nahen Ostens und das Horn von Afrika sind solche Subregionen, in denen sich der innergesellschaftliche Wandel in eine Krise politischer Herrschaft und in politische Gewalt umsetzte, die sich durch eine externe Militarisierung verstetigte. Im gegenwärtigen Kriegsgeschehen sind so immer noch lange Linien der Kriegsgeschichte der Weltgesellschaft nach 1945 erkennbar.

Zugleich zeigen die Entwicklungen in Lateinamerika und im südlichen Afrika, dass diese Verstetigungen der kriegerischen Gewalt nicht ohne Auswege bleiben müssen. Veränderte internationale Konstellationen, politische Öffnung, neue ökonomische Chancen und eine nachlassende Zuführung von militärischen Ressourcen von außen können die Eigendynamik dieser Zusammenhänge offenbar soweit abschwächen, dass ein Ende der „großen Gewalt“ möglich wird. Im internationa-

3 An der Genese der Gruppe, die unter dem Namen „Boko Haram“ bekannt geworden ist und deren Krieg in diesem Heft nicht in einem gesonderten Beitrag analysiert wird, kann dieser Zusammenhang musterhaft gezeigt werden: Zur Vorgeschichte gehören nicht nur die wirtschaftliche Vernachlässigung des Nordens Nigerias und die Konkurrenz zwischen der islamistischen Gruppierungen, sondern auch die lange Tradition religiös legitimer Kriegführung seit dem 18. Jahrhundert. Auf gewaltsam agierende kleine Gruppen hat die Zentralregierung seit den 1980er Jahren mit massiver und oft unterschiedsloser Repression geantwortet, was die anschließende Fraktionierung und Radikalisierung innerhalb der religiösen Bewegungen im Norden Nigerias bewirkte. Kern des Konflikts ist jedoch eine Situation blockierter Entwicklung mit selbst für nigerianische Verhältnisse überdurchschnittlichen Armutsraten (Agbibo 2014; Loimeier 2012; Higazi 2013).

len Vergleich zeugen enorme Kriminalitätsraten und andauernde politische Gewalt in beiden Regionen davon, dass die Verwerfungen des Krieges noch lange wirksam bleiben. Einen wesentlichen Anteil an seiner Überwindung hat auch die Transformation von ehemaligen Kriegsparteien in reguläre politische Akteure, wie die Beispiele des ANC in Südafrika oder der FMLN in El Salvador zeigen.

Seit den 1990er Jahren hat sich eine ausdifferenzierte internationale Infrastruktur für Entwicklung und Demokratisierung herausgebildet, die teilweise explizit zur Eindämmung von Gewaltkonflikten verfügbar gemacht wurde. Allerdings leiden diese Infrastrukturen an schwerwiegenden Widersprüchen bei der Bereitstellung neuer ökonomischer Chancen und effektiver Beteiligung, sodass sich die Effekte politischer Öffnung bezogen auf Gewaltdynamiken nicht wie gewünscht bzw. kaum einstellen (siehe 4.).

3. Was die Internationalen Beziehungen zum Verständnis von Gewaltkonflikten beitragen können ... und was nicht

Mehr als in allen anderen Teildisziplinen der Sozialwissenschaften haben sich die Vertreter/innen der Internationalen Beziehungen seit ihren Anfängen der Auseinandersetzung mit der großen Frage von Krieg und Frieden in der Welt verschrieben. Dabei gelang es in wiederkehrenden Abständen immer wieder, die großen Brüche der Welt(-politik) zu erfassen, neue Forschungsakzente zu setzen und sinnstiftende Interpretationen zu entwickeln. In der gegenwärtigen Expansion globalen Regierens gilt dies etwa für den dominanten liberalen Internationalismus.

In dieser mehrere Strömungen umfassenden Tradition sind in den vergangenen zwanzig Jahren vor allem Fragen nach der Rationalität bzw. Normativität außenpolitischen Handelns und internationalen Ordnungsbildungen diskutiert worden (March u. Olsen 1998; Ruggie 1998; Fearon u. Wendt 2002). Dabei stehen sich rationalistische und konstruktivistische Begründungen gegenüber, die sich in der Einschätzung der Rolle von Normen und kommunikativen Prozessen unterscheiden (Müller 1994 vs. Keck 1995; Hanrieder 2008). Sie teilen jedoch die Fokussierung auf die in der internationalen Politik existierenden Kooperationsformen und Konfliktregulierungen.

Die liberalen Grundannahmen werden auch von dem in Deutschland prominenten *Global Governance*-Paradigma geteilt: Staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und Organisationen gelinge es über Gewissheit stiftende Kommunikation und Kooperation, die materiell (Axelrod u. Keohane 1985) oder normativ (Hurrell 2002) begründbar sein können, Institutionen und Konventionen herzustellen. Diese stabilisieren den potenziell anarchischen Charakter der internationalen Umwelt. Staaten blieben zwar wichtige Akteure in der internationalen Politik, doch finde eine graduelle Verschiebung politischer Handlungsfähigkeit in internationale Organisationen statt, in denen die „Bereitstellung öffentlicher Güter“ wie Sicherheit und Handelsfreiheit sowie die Herausbildung von Werteordnungen ausgehandelt würden. Die Ergebnisse dieser Aushandlungen zwingen schließlich Staaten zur Anpassung an jene internationalisierten Infrastrukturen und Verregelungen (Zürn 1998; Dingwerth et al. 2011).

Die Verdienste des liberalen Internationalismus um die Erklärung zwischenstaatlicher Kooperation und internationaler Institutionalisierung sind schwer zu bestreiten. Staaten orientieren sich in ihren Politiken an transnationalen Diskursen und Öffentlichkeiten, auch wenn die Kausalität zwischen international verbreiteten Normen und staatlichem Handeln umstritten bleibt. Das Projekt der Europäischen Integration zeigt, dass die Schaffung supranationaler Organisationen und Identitäten möglich ist, wenn auch zu dem Preis, dass darin bestimmte Projekte zulasten anderer hegemonial werden. Auch ohne einen Weltstaat gibt es eingespielte Formen und Praktiken der Weltregierung, der Regulierung von Konflikten und der Bearbeitung von Risiken (Daase et al. 2002).

In dieser liberalen Perspektive erklären sich die zeitgenössischen Gewaltkonflikte aus einem evolutionären Defizit. Charakterisierungen des „ex negativo“ dominieren deshalb im liberalen Diskurs über die Konfliktivität in und mit Gesellschaften anderen Typs. „Schwache“ oder „begrenzte“ Staatlichkeit, das „Fehlen“ einer Zivilgesellschaft, der „rückschrittliche Nationalismus“ und „bestialische Gewalt“ (Heupel u. Zangl 2003, S. 11) charakterisieren die kriegsbetroffenen Regionen. Der dominante politikwissenschaftliche Diskurs ist hier im Vokabular identisch mit dem Sprachspiel der westlichen Sicherheitsapparate: Warlords, der transnationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität und Staatszerfall werden darin zu einer legitimen und legitimierenden Problematik. Eine umfängliche, am empirischen Material entfaltete Erklärung des Auftretens innerstaatlicher Kriege und der Handlungslogik ihrer Akteure liegt aus liberaler Sicht hingegen nicht vor.

Zu begegnen ist diesen Konflikten aus Sicht des liberalen Denkens mit politischer und wirtschaftlicher Öffnung. Die Politik der Demokratisierung, die Herstellung rechtsförmiger Verhältnisse im Innenraum von Gesellschaften, die Förderung regionaler Integration und die Entwicklung von Marktwirtschaften in Freihandelssystemen sind die Eckpunkte des „liberal peace“ (Paris 1997). Diese Auffassungen sind zugleich Zielpunkte der liberalen Interventionen (siehe 5.).

Der liberale Internationalismus leidet jedoch an einigen schwerwiegenden Widersprüchen, die er selbst nicht auflösen kann. *Erstens* kann der Liberalismus Zwang und Machtpolitik liberaler Demokratien nicht thematisieren. In seinem Sinne institutionalisierende Praktiken greifen offenbar nur in geopolitisch abgesicherten Räumen. Die internationale Infrastruktur von Austausch und Kooperation scheint also lediglich Ausdruck der bestehenden Verteilung von militärischer und ökonomischer Macht zu sein. Mit dem Aufstieg insbesondere Chinas und Russlands finden nun eben auch die liberalen Regulierungen der Welt ihre Grenzen dort, wo diese mächtigen Staaten ihre Sicherheits- und Geltungsinteressen berührt sehen, oder wo das US-amerikanische Projekt zum „imperial overstretch“ geführt hat. Darüber hinaus steht die politisch-militärische Macht der letzteren nun zur Disposition, weil die USA und die von ihr geleiteten Militärallianzen – nach den erfolgreicherer Interventionen im Balkan in den 1990er Jahren in Bos-nien und im Kosovo – in den 2000er Jahren gegenüber den anderen Groß- und Regionalmächten demonstriert hat, wo die Grenzen des militärisch Möglichen sind. Die Entwicklungen in Afghanistan und Irak haben gezeigt: Selbst wenn alle Kriterien für eine humanitäre Intervention im Rahmen der ‚Responsibility to Protect‘ erfüllt erscheinen, wie im Fall der Intervention in Libyen, ist jede Friedens-

mission eine Überforderung, solange die Kräfteverhältnisse zwischen Kriegsparteien nicht ausgemacht sind. „Give war a chance“ (Luttwak 1999) wäre deshalb das keineswegs zynisch gemeinte Gebot des machtpolitischen Realismus zur Einhegung innerstaatlicher Kriege.

Zweitens gilt, dass es zwar ausdifferenzierte und innovative Formen des transnationalen Aktivismus gibt, diese aber nicht dazu führen, dass im Rahmen des globalen Regierens Politiken und Regeln für die Umverteilung von Reichtum und die effektive Ausweitung sozialer Absicherung umgesetzt werden. Das liberale Paradigma thematisiert den Kapitalismus nur als „Markt“ und übersieht die ihm immanente Produktion neuer sozialer Widersprüche. Das gilt auch für die geschichtlich begründete Hierarchisierung der Weltpolitik, welche im liberalen Internationalismus kaum bzw. gar nicht berücksichtigt wird, die aber unmittelbar auf die Geschichte und Geltungsmacht eines globalisierten Kapitalismus zurückzuführen ist. Der Kapitalismus, diese auf tendenziell grenzenloser privater Akkumulation von Kapital beruhende Wirtschaftsordnung, und seine Hauptmerkmale des freien Unternehmertums und der formell freien Arbeit stehen dabei am Anfang immer wiederkehrender Innovations- und Transformationsprozesse in der Organisation von Produktion, Tausch und Transport. Dementsprechend sind Institutionen des globalen Regierens, der internationalen Demokratieförderung, der friedvollen Kooperation und Konfliktverregelung, der Bereitstellung öffentlicher Güter, und die Diskurse zu Demokratie, Freiheit und Entwicklung zunächst einmal lediglich Effekte eines durchkapitalisierten Weltmarktes, um dessen Ordnung politisch gestritten wird. Die Inwertsetzung der Welt produziert aber zugleich fortlaufend neue Widersprüche.

Drittens steht sich der Liberalismus in seiner moralischen Selbstermächtigung dabei im Wege, seine eigene historische Kontingenz und die Geschichtlichkeit der Welt zu erkennen. Er ist blind gegenüber alltäglichen Techniken des Regierens, der Biopolitik, Disziplinierung und Gouvernamentalität (Bayart 2007). In den Details der Intervention aber zeigt sich die Weltpolitik als ein Sammelsurium von Praktiken der Aneignung und des Widerstands, aber auch der Normierung, Überwachung und Disziplinierung. Dabei zeigt sich eine beeindruckende Kontinuität zum Kolonialzeitalter. Daran schließen postkoloniale Autoren an (Kerner 2011; Bhambra 2011; Mbembe 2013). Diesen Autoren zufolge ist Weltpolitik nicht mehr nur als Kampf um politische und ökonomische Macht zu verstehen, sondern eben auch als Wettrennen um den Status kultureller Modernität – ein Wettrennen, dessen Maßstäbe jedoch von den hegemonialen Akteuren und Strukturen vorgegeben sind. Aufsteiger aus anderen, explizit nicht-westlichen Kulturkreisen haben dabei fortschreitende Modernitätsstandards zu erfüllen, die uneinholbar bleiben. Ihre eigene Historizität erscheint nur noch als Problem ihrer „Rückständigkeit“. Transnationale Diskurse zu demokratischen Reformen und guter Regierungsführung werden deshalb aus postkolonialer Perspektive als neo-orientalistische Praktiken aufgefasst. Dieser Prozess der politischen Angleichung, die aber auch als Unterwerfung verstanden werden kann, wird durch transnationale Ex-pertengremien von außen begleitet und immer wieder validiert (Guilhot 2005) – und nötigenfalls gewaltsam zu erzwingen versucht.

Die USA und mächtige europäische Staaten sind bzw. waren in der Lage, ihren Einfluss auszubauen und mit innovativen Sicherheitspraktiken die Gegner des liberalen Projektes zu identifizieren und zu subjektivieren (*securitization*). Damit einher geht eine kritische Bewertung des Krieges gegen den Terror, der mit fragwürdigen Diskursen zu Islam und Religion verbunden ist, eigene Klassifikationen von „guten“ und „schlechten“ Muslimen produziert (Mamdani 2002) und westliche Staaten zu Interventionen ermächtigen kann, deren geostrategische Natur und illiberalen Implikationen verschleiert werden (de Goede 2008). Diese Macht, die Welt zu klassifizieren (Bourdieu 1989), sorgt dafür, dass die Weltgesellschaft europäisch-amerikanisch bleibt.

Es sind vor allem die Traditionen des Realismus, der kritischen Theorien und des Postkolonialismus, welche diese blinden Flecken und Schwachstellen des Liberalen Internationalismus und der *Global Governance* behandeln. Aber auch letzteren gelingt es nicht, die aktuellen Gewaltkonflikte im Nahen und Mittleren Osten, Subsahara-Afrika und in der Ukraine zu erklären, da sie die Dynamiken staatlicher Herrschaft nicht ausreichend berücksichtigen. So ist beispielsweise weder aus realistischer noch postkolonialer Sichtweise nachvollziehbar, dass es dem militärischen und politischen Hegemon des letzten Vierteljahrhunderts auf dem Gipfel seiner Macht nicht gelungen ist, auch nur ansatzweise stabile Formen politischer Ordnung in Afghanistan und Irak zu etablieren; oder warum es so kompliziert ist, ausgebrochene Gewaltdynamiken in Bürgerkriegen einzudämmen, obwohl dies im Interesse sämtlicher internationaler Organisationen ist und obwohl diesen Organisationen in liberalen und kritischen IB-Ansätzen immer mehr Macht zugeschrieben wird.

Daher plädieren wir für einen neuen paradigmatischen Wandel hin zu einer IB, welche die Soziologie des Staates, seiner Genese, seiner Machtformen und seiner Varianz in das Zentrum analytischer Praxis stellt. Mithilfe eines historisch fundierten methodologischen Etatismus ist es möglich, die jeweiligen Ausprägungen internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Machtpraktiken zu erfassen und zu erklären, warum einige Staaten und ihre Legitimierungsressourcen anfälliger für Prozesse transnationaler Ordnungsbildung sind, warum demokratische Ansprüche in Bürgerkriegsszenarien münden können und wie prekär und komplex humanitäre Interventionen verlaufen. Im Sinne eines „subalternen Realismus“ (Ayooob 2002) erlaubt dieser Perspektivwechsel zudem die angemessene Berücksichtigung von Staats- und Abhängigkeitserfahrungen in weiten Teilen der Welt, die wenig Raum für die globale Ausbreitung von Wohlstand und Demokratie zu bieten scheinen.

4. Die Soziologie des Staates und das Ende der liberalen Versprechen

Staaten sind Gewalt- und Symbolordnungen. Sie sind als institutionelle Formen gleichsam das Ergebnis von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Motor politischer Kämpfe um Zugang zu und Anerkennung durch Akteure, für die physische Gewalt eine unhintergehbare Ressource bleibt.

Der Staat stellt nach einem langen Prozess seiner Herausbildung und globalen Ausbreitung gegenüber rivalisierenden Ordnungsformen die einzige territoriale Organisation dar, die ihre jeweilige Bevölkerung zu repräsentieren beansprucht.

Die Dynamik staatlicher Herrschaft bleibt aber ergebnisoffen, weil jedes fixierte Bild des Staates als kohäsive und allgemeingültige Ordnung empirisch in konstanter Spannung zu den Praktiken der sozialen Akteure steht.⁴

Staaten sind zugleich Herrschaftsverbände, die sich in Apparaten ausprägen. Sie zählen, sammeln, überwachen, disziplinieren und mobilisieren Menschen und die Ressourcen, die Produkte menschlicher Arbeit sind. Gestützt auf den Glauben ihrer legitimen Souveränität konkurrieren sie mit anderen Gewalt- und Machtorganisationen im eigenen Territorium und darüber hinaus. Die Dynamik staatlicher Herrschaft besteht auch im Eindringen in den gesellschaftlichen Raum, wie sie in Maßnahmen der Ent- und Bewaffnung, Besteuerung und Umverteilung zum Ausdruck kommt. Auch bürgerliche Herrschaft ist das Ergebnis solcher Subjektivierungen von oben (Foucault 1977) und der zum Teil gewaltförmigen Aushandlungsprozesse über der Reichweite dieser staatlichen Eingriffe (Tilly 1998).

Staaten divergieren in ihren Fähigkeiten, sich Infrastrukturen zur Regulierung gesellschaftlichen Lebens anzueignen und solche Staatseffekte auf glaubhafte Art und Weise zu generalisieren (Mann 1984; Soifer 2008). Diese Varianz ist das Ergebnis voneinander abweichender Entwicklungspfade und verkörperter Geschichten, die nicht einfach wiederholbare Prozesse darstellen. Dabei unterscheiden sich Staatsbildungsprozesse auch mit Bezug auf die *Weltzeiten*, in denen sie stattfinden, wobei die jeweilige transnationale Verteilung materieller und ideeller Macht über die Formation von Staaten mitentscheidet.⁵

Die Verstaatlichung der Gesellschaft und die Vergesellschaftung des Staates scheinen in der jetzigen Weltzeit nicht einfach wiederholbar (Bliesemann de Guevara 2012). Den meisten Staaten des Globalen Südens bleiben heute ungleich weniger Möglichkeiten zur Entwaffnung und Besteuerung ihrer Bevölkerungen als noch in der Zwischen- und Nachkriegszeit und als im Globalen Norden. Zwar üben diese Staaten weiterhin Herrschaft aus. Doch in ihren Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitssektoren lässt sich eine Bifurkation von Kommerzialisierung und Prekarisierung beobachten (Schlichte u. Wilke 2000), der leistende Staat ist oft nur noch eine Erinnerung. Es reproduzieren sich also Kontexte, in denen keine glaubhaften und sichtbaren Staatseffekte entstehen können, auch deshalb weil staatliche Regulierung wie in den vergangenen, erfolgreicherer Staatsbildungsprozesse gegen die Regeln liberalisierter Waren- und Finanzmärkte nicht mehr durchgesetzt werden kann.

4 „The state is a field of power marked by the use and threat of violence and shaped by (1) *the image of a coherent, controlling organization in a territory, which is a representation of the people bounded by that territory*, and (2) *the actual practices of its multiple parts*.” (Migdal 2001, S. 15-16; Hervorhebungen im Original)

5 Mit dem Begriff der Weltzeit verdichten wir Migdals Kategorie des ‚world historical timing‘. Er bezeichnet temporal verdichtete Einflusskonstellationen, welche die Ausweitung staatlich-bürokratischer Macht und Kontrolle determinieren. Migdal zufolge herrschte nach 1945 zunächst eine staatsförderliche Weltzeit vor: „[I]n the generation between the end of World War II and the beginnings of detente in 1970, a world historical moment favorable to the concentration of social control existed. For one, the new then vibrant United Nations system, on both a rhetorical and institutional level, trumpeted the cause of the state as the sole voice of the people. Probably even more important was the consolidation of the Socialist World System under the Soviet umbrella, which gave important political support and shelter to state leaders concentrating social control through Soviet principles.” (Migdal 1988, S. 272)

4.1 Entwicklung ...

In dieser Situation werden die Versprechen des globalisierten Modernitätsprojektes nach ökonomischer Entwicklung auch nicht durch die diffusen Arrangements der *Global Governance* und die Politik der Intervention erfüllt. Dabei gilt die Überwindung solch dilemmatischer Situationen als einziger Ausweg aus Abhängigkeit und Unterentwicklung (Gerschenkron 1962; Evans 1995; Waldner 1999). Ob auf nationaler oder internationaler Ebene – anders als durch staatliche Herrschaftsinstanzen ließen sich nationale und transnationale Kapitalgruppen zugunsten generalisierter Wohlfahrtsansprüche offenbar nicht disziplinieren.

Der Aufbau einer neuen internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war an die kollektive Anerkennung des Problems von Unterentwicklung und die Begleitung von Dekolonialisierungsprojekten hin zu einer Ermächtigung autonomer Entwicklungspfade gebunden. Das Ziel war die Schaffung moderner Industrie- und Konsumgesellschaften, wobei die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Entwicklung zweitrangig blieb, als Antwort auf die wahrgenommene Gefahr sozialistischer Gegenprojekte. Institutionell manifestierte sich diese Entwicklungsidee inner- und außerhalb der Vereinten Nationen im Sinne von aktivistischen Politiken zur Forcierung binnenorientierter Industrialisierung, welche mit Marktmechanismen offensichtlich brechen mussten.⁶

Die große Transformation im Feld der globalen Entwicklungspolitik nach den *trente glorieuses* hatte mehrere Ursachen: die Schuldenkrise, die Erschöpfung interner Entwicklungsprojekte und die zunehmende Ausdifferenzierung und Entmachtung vormals einflussreicher UN-Organe⁷, die von ideologischen Verschiebungen hin zu einem neuen, neoliberalen Entwicklungsprogramm begleitet war. Nicht nur Entwicklungshilfe wurde nun als Problem gesehen, sondern eben auch der Staat per se – theoretisch abgeleitet aus neuen Ansätzen zum *rent seeking*, welche die politische Regulation von Märkten selbst als Hauptquelle von Effizienzverlusten deklarierten (Krueger 1974; Buchanan 1980). Durch die daran orientierte Liberalisierungspolitik aber wurde das vormals wichtigste Instrument zur Bereitstellung kollektiver Güter unterwandert, welche für das Funktionieren von Marktmechanismen selbst Voraussetzung sind.

Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungsprozesse können also Staatsfähigkeiten zerstören, was die Überlebens- und Machtakkumulationsstrategien ökonomischer und politischer Eliten schnell und dauerhaft transformiert. Die Reformen haben unabhängig vom Kontext immer ein und denselben Effekt, denn sie schaffen eine ökonomische starke Schicht von oligarchischen Eliten, die kaum noch an den Staat und seine Wohlfahrtsversprechen zu binden sind. Beobachtbar ist zuweilen lediglich eine prekäre Disziplinierung im Sinne einer patrimonialen Figuration. Aber auch diese basiert darauf, dass derselbe bürokratische Geist, der

6 „The idea that the free market alone was inadequate to generate growth and improve living standards had entered the mainstream, and different versions of this critique among activist Democrats in Washington and the Third World elites they were in touch with.” (Mazower 2013, S. 292)

7 „Within twenty years, at the behest of its members, the United Nations had turned into an institutional nightmare, with more than a dozen specialized agencies and a control machinery that was completely unworkable.” (Mazower 2013, S. 297-298)

jeder Staatsbildung inhärent ist, durch Politisierung und Finanzialisierung gebrochen wird (Karadag 2013). Die neue Entbettung von Märkten hat also nicht nur die Ausgesetztheit gegenüber unpersönlichen Marktkräften zur Folge, sondern eben auch die Ausgesetztheit gegenüber politischer Willkür und der oligarchischen Entleerung des Politischen. In solchen Kontexten können ideologische Positionierungen zwar eine wichtige Rolle im politischen Wettstreit einnehmen. Ihre Wirksamkeit wird aber in der Regel von allzu sichtbaren Praktiken der Selbstbereicherung und der privaten Aneignung öffentlicher Ressourcen übertroffen, während auf der anderen Seite Ideen zur Wiedereinbettung des Marktes an den Vorgaben internationaler Organisationen scheitern.

Die veränderte Entwicklungspolitik der vergangenen dreißig Jahre hat in lokalen und nationalen Kontexten nicht den staatlich-bürokratischen Apparat begünstigt, der eine ‚gute Regierungsführung‘ ermöglichen könnte. Denn bei der Suche nach neuen, breiteren Bevölkerungsschichten zugutekommenden Programmen und Projekten gibt es keine Änderung der materiellen Politikempfehlungen weg von neoliberalen Rezepten, sondern nur eine teilweise Kooptierung kritischer Sozialforschung durch internationale Finanzinstitutionen (Weaver 2008). Darüber hinaus bildet sich eine zunehmend privatisierte Infrastruktur der „Entwicklungs-zusammenarbeit“ heraus, die von NGOs, privaten Stiftungen und der Kurzfristigkeit der Projektförderung geprägt ist (Stone 2000; Watkins et al. 2012; Mosse 2013). Sie zielen auf die Schaffung neoliberaler Subjekte, ohne die bestehende Verteilung sozialer und ökonomischer Macht wirklich beeinflussen zu können (Elyachar 2005).

Die vielfältigen Praktiken der formalen Rationalisierung und der materiellen Marktschaffung sind also nicht nur keine Garanten für ökonomische Entwicklungsdynamiken, sondern behindern diese über die Schwächung von Staatsinfrastrukturen und von Möglichkeiten, neue machtvolle Staatseffekte (Mitchell 1991) zu kreieren. Um solche Effekte realisieren zu können, müssen Praktiken von Staatesliten und Verfahren in den Verwaltungen von anderen Eliten und Beherrschten zugleich als machtvoll anerkannt werden. Es bedarf sichtbarer Maßnahmen gegen zerstörerische Folgen von Korruption und organisierter Kriminalität und glaubhafter Positionierungen gegen rivalisierende Gewaltakteure und Oligarchen. Diese Effekte sind umso stärker, je unvermittelter, kollektivistischer und unparteiischer sie wirken. Das Problem bleibt: Sämtliche Satzungen von Internationalen Organisationen *wünschen* und *erwarten* eine Diffusion solch eines effektiven, legal-rationalen Anstaltsstaates, aber keine ihrer Praktiken kann ihn hervorbringen, da er in Kontexten unregulierter Märkte nicht entstehen kann. Die weltzeitlichen Kontexte in Ost- und Südostasien, in denen neue Staatseffekte realisiert werden konnten, die immer mit einer Disziplinierung von Oligarchen und der aktiven staatlichen Gestaltung von Marktdynamiken verbunden waren (Kohli 2004; Slater 2010), sind heute schlichtweg nicht mehr gegeben.

Dass dies ein fundamentales Ordnungsproblem darstellt, ohne dessen Lösung kein Programm zur Stärkung von Marktprozessen und den ihnen zugrunde liegenden Institutionen selbst erfolgreich sein kann, wird verstärkt wahrgenommen (North et al. 2009; Acemoglu u. Robinson 2012; Rothstein 2011; Fukuyama 2005, 2011, 2014). Allerdings stellen auch diese Autoren keine Verbindung zur

neoliberalen Weltzeit her. In der Diskussion sind stattdessen ins Neokoloniale driftende Lösungen zur inter- und transnationalisierten Bereitstellung öffentlicher Güter wie *shared sovereignty* oder *neo-trusteeships* (Krasner 2004; Fearon u. Laitin 2004). In der Tendenz wird die *service delivery* (Beisheim et al. 2014) internationaler und transnationaler Organisationen gestärkt, nicht aber die Fähigkeiten der Staaten selbst, welche sich die ausgegliederten Aufgaben von sich heraus nicht mehr aneignen können.

4.2 ... und Demokratie

Die Widersprüchlichkeit des globalen liberalen Projektes zeigt sich nicht zuletzt in der Frage der Demokratie und ihrer ins Stocken geratenen Ausbreitung und Vertiefung. In den sich selbst als „entwickelt“ betrachtenden Staaten hat zunächst die bürgerliche Aneignung des Staates und dann die Aneignung durch die sozialreformerische Mehrheit der Lohnabhängigen zur Ausformung als Wohlfahrtsstaat geführt, der den Widerspruch zwischen politischer Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit abfedern konnte. Das war über Politisierungen möglich, in deren Zentrum die Ausgestaltung des Staates stand (Senghaas 2012). Selbst wenn sich die Auswirkungen der jüngsten Entbettungsdynamiken nach den *trente glorieuses* unterscheiden, findet heute in Kontexten von Ökonomisierung und Finanzialisierung ein schleichender Prozess der Depolitisierung von Entscheidungsprozessen statt, in denen es allein um die effiziente, bürokratische Anwendung von Marktmechanismen geht. Entgegen den kosmopolitisch ausgedrückten Ansprüchen von Freiheit generierender transnationaler Praxis sind es gerade internationale und supranationale Bürokratien, welche die autoritär-technokratische Durchsetzung neoliberaler Prinzipien gegen nationalstaatliche Widerstände ermöglichen (Kreuder-Sonnen u. Zangl 2015).

Der europäische Postdemokratie-Diskurs der letzten Jahre ist in zahlreichen Ländern des Globalen Südens bereits im Rahmen der Strukturanpassungsprojekte der 1980er Jahre geführt worden. Ihre Folgen waren die Lockerungen der Bindungen zwischen Staat und Gesellschaft, die Oligarchisierung der Macht, die Ausuferung von prekären Überlebenspraktiken im Alltag und die Eskalation politischer Gewalt im Kampf um die sinkenden Ressourcen, die dem Staatsapparat noch zur Verfügung standen.

Ein zweiter Widerspruch besteht im Stocken der Demokratisierung bei gleichzeitig steigenden Erwartungen: Die Anziehungskraft der Demokratie bleibt auf einem anhaltend hohen Niveau, unabhängig von Weltreligion und Weltregion. Selbst bei arabischen Muslimen ist der Wunsch, demokratisch regiert zu werden, nachhaltig nachweisbar und wurde durch die arabischen Umbrüche nach 2010 unter Beweis gestellt (Inglehart u. Norris 2003; Krämer 2011). Das Versprechen nach individueller und gesellschaftlicher Entfaltung in Freiheit und Verantwortung ist ungebrochen und gilt weiterhin als dominante angemessene Manifestation des Prinzips der Volkssouveränität. Zeitgenössische autoritäre Regime sind dieser Dynamik ebenfalls ausgesetzt und reagieren auf transnationalisierte demokratische Ansprüche mit einem Mix aus partieller institutioneller und diskursiver Anpassung (Albrecht u. Schlumberger 2004).

Auf der anderen Seite ist die reale Qualität demokratischer Institutionen in weiten Teilen der Welt derart gering und schwach ausgeprägt, dass von dem demokratischen Geist, der in allen Verfassungen beschworen wird, im politischen Alltag faktisch nicht viel übrig bleibt.⁸ Nachdem die Transitionsforschung zunächst hauptsächlich die Etappen von Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung behandelte und in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt die defekten und hybridförmigen Demokratieerscheinungen zur Kenntnis nehmen und erklären musste, setzte sich zuletzt doch die Erkenntnis durch, dass – parallel zu den Problemen ökonomischer Entwicklung im Globalen Süden – die geringe Qualität demokratischer Institutionen selbst wiederum Ausdruck peripherer Staatsbildungsprozesse ist. Diesen mangelt es hauptsächlich an einer Eigenschaft, die zur Realisierung der weltgesellschaftlich formulierten Ansprüche an eine Demokratie unerlässlich sind: der Fähigkeit, kollektiv unparteiisch zu agieren (Rothstein 2011).

Wenn nun aber der unregulierte Markt die Staaten und ihre Fähigkeiten im Globalen Süden untergräbt, dann schädigt er *en passant* eben auch die Geltung demokratischer Institutionen an sich, denen er das bürokratisch-kollektivistische Fundament entzieht. Aus der Internationalisierung von Herrschaft *beyond the nation state* kann keine Demokratie stützende Dynamik resultieren, da sie nicht in der Lage ist, Institutionen zerstörerische Überlebenspraktiken politischer und bürokratischer Akteure glaubhaft einzudämmen; umso weniger, wenn im Zentrum des jeweiligen nationalen Wettstreits die finanziellen und politischen Ressourcen der neu ermächtigten Oligarchen stehen (Winters 2011).

Die Institutionen und Politiken, die in *good governance*-Programmen empfohlen und auferlegt werden, gibt es formal bereits in den meisten Staaten. Das zeigt, dass in Kontexten schwacher demokratischer Institutionen keine kulturelle Diffusionsarbeit geleistet werden muss. Wichtiger ist, ob als Resultat der politische Raum entsteht, in dem öffentliche Güter nicht der privaten Aneignung, sondern demokratischer Kontrolle unterliegen. Wo dies nicht erreicht wird, können auch autoritäre Formen als legitim erfahren werden (Hibou 2011).

5. Internationalisierte Herrschaft: Geschichte und Zukunft der Intervention

So wie das Kriegsgeschehen, wie Staatlichkeit und die Politiken der Entwicklung und Demokratisierung, so sind auch militärische Interventionen in einem doppelten Sinne geschichtlich. Sie stehen zum einen in einer historischen Kontinuität, insbesondere zu kolonialen Praktiken. Zum andern durchziehen geschichtliche Erfahrungen und Narrative auch die Wahrnehmungen und Bewertungen auf allen Seiten. In diesem Abschnitt seien deshalb zunächst die Phasen des Interventionismus nach 1945 kurz umrissen. Die Geschichtlichkeit der Antriebskräfte und Widersprüche des Interventionismus werden danach umrissen. Die daraus für die

8 „There are elections, but they are contests between corrupt, clientelistic parties. There are parliaments and local governments, but they do not represent broad constituencies. There are constitutions, but no constitutionalism” (Diamond 2008, S. 38). Zudem sei an dieser Stelle auf die *Freedom of the World*-Jahresberichte der letzten Zeit zu verweisen, die seit 2008 einen kontinuierlichen Rückgang von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten wahrnehmen.

Akteure resultierenden Dilemmata verweisen auf die Zukunft der Intervention, die von der Ausnahme zur Regel geworden ist. In dieser neuen, von Dilemmata durchzogenen Form internationalisierter Herrschaft besteht die wichtigste jüngere Veränderung in der internationalen politischen Ordnung.

Die Geschichte militärischer Interventionen in innerstaatliche Konflikte in der Zeit von 1945 bis in unsere Gegenwart lässt sich grob in drei Phasen mit unterschiedlichen Formen unterscheiden. Sie beginnt mit einer langen Phase, in der der Ost-West-Konflikt teils dynamisierende, teils disziplinierende Wirkung entfaltete. Eine Reihe von zunächst innerstaatlichen Kriegen zwischen 1945 und 1990, häufig im Dekolonisationskontext, sind dadurch stark eskaliert. Das gilt etwa für Kriege im südlichen Afrika, in Indochina und in Lateinamerika. Die *Interventionen des Systemkonflikts* zwischen den USA und ihren Bündnispartnern auf der einen Seite und der Sowjetunion mit ihren Bruderstaaten auf der anderen Seite vermengen sich in diesem Typus mit dem Verhalten von Regionalmächten wie Israel, China oder Südafrika, deren politische Interessen sich nicht auf Zugehörigkeiten zu einer der beiden Seiten reduzieren lassen.

Noch in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts überwog ein Muster der Intervention, das bis heute beobachtbar ist: *die postimperiale Intervention*. Schon in der Zeit des Ost-West-Konflikts gab es eine große Zahl von Interventionen, die nicht einfach auf die ideologischen Differenzen oder Mächtekonkurrenz zurückzuführen sind, sondern Teil eines post-imperialen Syndroms waren. Dazu gehören die zahlreichen Interventionen Frankreichs in Afrika, die Interventionen der USA in der Karibik und auch die Russlands in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Immer ist es hier ein spezifischer Habitus, der aus älteren engen Interaktionsmustern erwachsen ist. Imperiale und koloniale Vergangenheiten sind in den Köpfen noch vorhanden, die alten Landkarten sind darin eingeschrieben. Die Legitimität dieser Interventionen ist dennoch immer umstritten, so wie es auch der koloniale Imperialismus war. Ihre Effekte sind deshalb vor allen Dingen Legitimitätsverluste der Interventen in den Zielgebieten, aber auch in beträchtlichen Teilen der Weltöffentlichkeit.

In unserer Gegenwart überwiegt ein anderer Typus: *die multilaterale Intervention* unter US-amerikanischer Führung.⁹ Auf die Antriebe, Widersprüche und politischen Resultate dieses Typs soll hier deshalb näher eingegangen werden. Sein Aufstieg begann erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit der Intervention in Somalia 1992. Im Unterschied zu den beiden vorgenannten ist dieser Typus komplexer und indirekter. Seine zwei wesentlichen Merkmale sind Multilateralisierung und Delegation.

Im Unterschied zu anderen Interventionen steht hier die Frage der völkerrechtlichen Legitimierung diskursiv im Vordergrund. Aber schon an den Interventionen in Jugoslawien der 1990er Jahre wurde erkennbar, dass die Legitimität der „internationalen Gemeinschaft“ nicht nur von einzelnen Regierungen bestritten wurde: Die Normen der völkerrechtlichen Ordnung sind mehrfach selbst von Regional- und Großmächten wie dem Irak, den USA oder Russland und Bündnissen wie der NATO verletzt worden. Wenig weist auf dieser Ebene gegenwärtig auf eine Ver-

9 Zur Geschichte und Statistik dieser gemeinhin „humanitär“ titulierten Interventionsform nach 1947 siehe Gromes u. Dembinski (2013).

rechtlichung und einen Wandel der symbolischen Ordnung hin, selbst die Legitimität des UN-Sicherheitsrats bleibt bei den Mitgliedsstaaten umstritten (Binder u. Heupel 2015). Noch stärker gilt dies für die Legitimität der Interventionen in den kriegsbetroffenen Gesellschaften selbst, wo sie sehr unterschiedlich bewertet werden (Pouigny 2004).

Ost-Timor, Kosovo, Abchasien, DR Kongo, Liberia, Sierra Leone, Mali, Haiti, Afghanistan, Irak, Libyen – die Liste der Gewaltkonflikte, in denen die Monopolisierung der Gewalt trotz enormer militärischer und politischer Anstrengungen der Interventen bis heute prekär geblieben ist, ist lang. Weil es an machtvollen Akteuren im Innern dieser Staaten mangelt, die eine Rationalisierung des Staates erzwingen könnten und weil sich über die Internationalisierung der Politik längst ein erweiterter Kranz von Opportunitäten und Imperativen gelegt hat, bleibt der Staatsbildungsmechanismus aus (Schlichte 2005; Bliesemann de Guevara 2012). Die lange Formierung von Staaten müsste sich gegen die Bedingungen der Internationalisierung und der Intervention erst durchsetzen. Trotz gegenteiliger Absichten münden die Interventionen nicht in eine Stärkung staatlicher Strukturen, sondern in deren Schwächung. Denn die Zurechenbarkeit von politischen Entscheidungen ist kaum mehr möglich, wenn die Weltbank, ein Ministerium, drei NGOs und außerdem bilaterale „Geber“ an Maßnahmen beteiligt sind, die in der europäischen Geschichte staatliches Handeln waren und entsprechend legitimierende Effekte hatten.

Wie in den drei Fällen der nachfolgenden Beiträge erkennbar wird, liegt zwischen den Zielen und Politiken der „internationalen Gemeinschaft“ und den lokalen Dynamiken eine offenbar kaum zu überwindende Kluft: Während sich die Politik der großen Mächte an sicherheitspolitischen Diskursen, moralischen Haltungen und eigenen Prestigebedürfnissen ausrichtet, sind die lokalen Arenen von dortigen Legitimitäts- und Verteilungskonflikten bestimmt. Zu diesem Problem verkoppelter Arenen (Schlichte u. Veit 2012) kommt die altbekannte Unvorhersehbarkeit von Gewaltdynamiken: Auch durch massiven militärischen Aufwand lassen diese sich nicht unter Kontrolle bringen, wenn die soziale Transformation vor und während des Krieges zu einer Fragmentierung und Proliferation gewaltkompetenter Akteure geführt hat.

Die Proliferation von Akteuren kennzeichnet diesen Typus von Intervention auf allen Seiten: Aus dieser jüngsten Form gehen deshalb neue Figurationen internationalisierter Herrschaft hervor. Bosnien, Kosovo, Ost-Timor, Somalia, DR Kongo, Südsudan, Mosambik, Haiti – all diese Fälle sind gleichsam Laboratorien des Regierens, die mit dem Ausdruck „global governance“ noch ganz unzureichend erfasst sind. In den politischen Ordnungen, die durch Interventionen entstehen, zeigt sich also, dass „liberal peace“ ein in sich widersprüchliches Projekt

(Richmond 2005, S. 83) ist, das sich als neutrales Programm versteht, aber hochgradig politisch ist.¹⁰

Die mitgeschleppten Konflikte, die Erzählungen vergangener Gewaltkonflikte und die neu entstehenden Ungleichheiten machen in diesen Situationen stagnierender Entwicklung erneute politische Gewalt im religiösen oder ethnischen Gewand wahrscheinlich.¹¹ Wenigstens einen Teil der Erklärung für diesen Zyklus darf man im habituell gewordenen Rückgriff auf militärische Gewalt als Handlungsoption sehen. Auf Seiten der Herausforderer autoritärer Regierungen oder international gestützter Regime geschieht dies mutmaßlich auch wegen der paradoxen Beobachtung, dass sich mindestens in der Führung bewaffneter Gruppen immer ehemalige Militärs finden, die einst im Inland oder vom Ausland zur Sicherung der Ordnung als Gewaltexperten ausgebildet wurden (Schlichte 2009).¹²

Geschichtliche Prägungen, die sich in moralischen Haltungen der Öffentlichkeit und Regierungspolitiken zeigen, finden sich auch in den Staaten, die sich als aktiver Teil der „internationalen Gemeinschaft“ sehen. Auch sie können dem von ihnen beschworenen nationalen Pathos dann selbst nicht mehr entkommen, wenn sie vielfach erfahren haben, wie beschränkt die militärischen Möglichkeiten zur Regelung politischer Fragen sind (Bacevich 2008). Der Rückgriff auf die Gewalt erklärt sich folglich eher durch die Beständigkeit von politischen Grundhaltungen, durch das Eigeninteresse der Apparate, als durch nachhaltige pragmatische Erfolge.

Als *Antriebskräfte des Interventionismus* lassen sich mehrere Dynamiken ausmachen. Zunächst sind für den Zeitraum nach 1990 Veränderungen im Verhalten der Vereinten Nationen auffällig, wie dies in der stark gestiegenen Zahl von Resolutionen des Sicherheitsrats zum Ausdruck kommt. Hintergrund dessen ist offenbar sowohl eine veränderte interne wie externe Politisierung der UN (Seibel 2015; Weinlich 2014).

Gerade in den westlichen Demokratien kommen dabei politische Ordnungsvorstellungen zum Ausdruck, die ebenso geschichtlich sind. Der zunächst religiös gesepte Humanitarismus des 19. Jahrhunderts (Barnett 2011) hat sich inzwischen zu einer „humanitären Vernunft“ (Fassin 2010) entwickelt, in der sich paternalistische Fürsorgeideen, die Empfindung der Pflicht „zu helfen“ mit asymmetrischen

10 Dies ist der Konsens der prominentesten britischen Kritiker des Interventionismus: David Chandler (2002), Mark Duffield (2001, 2007) und Oliver Richmond (2005). Während auch in Deutschland, Frankreich, Kanada und Skandinavien die Politikwissenschaft der Interventionismus sehr unterschiedlich bewertet wird, finden sich in der universitären Politikwissenschaft in den USA dazu offenbar gar keine prominenten kritischen Stimmen.

11 Allerdings muss konstatiert werden, dass die Politisierung ethnischer und religiöser Identitäten die Tendenz hat sich zu verselbständigen und letztere zu Konfliktlinien sui generis transformiert, welche wiederum den Kampf um die angemessene Identität des Staates dynamisiert. In den letzten Jahrzehnten hat vor allem der politische Islam einen verstärkt modularen Charakter angenommen und kann von Akteuren und Gruppen in stark divergierenden Kontexten angeeignet werden, der die ursprünglichen sozioökonomischen und machtpolitischen Dimensionen, in denen er sich konstituierte, vergessen lässt.

12 Die Genese des „Islamischen Staats“ ist der bekannteste Fall, der jedoch einer langen Reihe angehört. Zum Problem der staatlich delegierten irregulären Gewalt der „Milizen“ siehe Schneckener (2016).

Gruppenbegriffen zu einer neuen moralischen Ökonomie verbunden haben.¹³ Diese Begründungen sind über die Figur der „humanitären Intervention“ auch sicherheitspolitisch ein neues Begründungsnarrativ der internationalen Politik geworden (Fassin 2010, S. 286). Im „imperial policing“ (Bacevich 2008, S. 2) vermischen sich so humanitäre Hilfe und militärisches Handeln (Chandler 2002, S. 50).

In überraschender Kongruenz zur Politik des 19. Jahrhunderts werden Afrika, der Nahe und Mittlere Osten und der westliche Balkan pauschal als zu therapierende Gefahrenzonen imaginiert, als Zonen des „permanenten Ausnahmezustands“ und des „permanen Übergangs“ (Pandolfi 2013, S. 156) zu Demokratie und Zivilisation. Längst ist dies keine rein staatliche Politik mehr. Spätestens seit dem Biafra-Krieg (1966-1969) sind große internationale NGOs sowohl Sammlungen wie Vektoren moralischer Öffentlichkeiten (Heerten 2011). Gestützt wird die gegenwärtige Interventionspolitik aber auch von den Legitimierungsbedürfnissen internationaler Organisationen, die durch diese Antriebe in Kriegsgebieten auch Zwang ausüben und ein bestimmtes Bild der „internationalen Ordnung“ propagieren (Debrix 1999).

Die Politik der Intervention bleibt aber von Widersprüchen durchzogen. Das zeigt sich zunächst im altbekannten Gegensatz zwischen der formalen Gleichheit der Staaten und Ungleichheit ihrer Machtpositionen: So spielen die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats eine dominante Rolle in der Gestaltung der Friedensmissionen (Allen u. Yuen 2014), während kleine, ressourcenarme Staaten kaum über Möglichkeiten verfügen, an der Satzung internationaler Ordnung mitzuwirken.

In den Diskursen über Interventionen und in den Praktiken ihrer Legitimierung wird zudem der Widerspruch sichtbar, der sich in den vergangenen zwanzig Jahren zwischen der Norm staatlicher Souveränität und den Bemühungen entwickelt hat, über den Begriff der „human security“ Interventionen zu legitimieren (Bellamy 2010). Faktisch sind aus diesen Widersprüchen Protektorate mit „parallelen Souveränitäten“ (Pandolfi 2013, S. 156) wie Kosovo, Ost-Timor oder Bosnien-Herzegowina hervorgegangen, in denen internationale Organisationen wie in den Flüchtlingslagern des UNHCR direkte, oder indirekt politische Herrschaft ausüben, obwohl erklärtes Ziel der Interventionen die Herstellung funktionierender Staatlichkeit ist.

Wie afrikanische oder zentralasiatische Präsidenten geraten die gegenwärtigen Interventionen zudem in Widersprüche durch das „Inklusionsdilemma“, wenn sie in ihren Bemühungen um politische Stabilität politisches Personal kooptieren müssen, dessen internationale Akzeptanz fragwürdig ist (Hensell u. Schiek 2012). Externe Illegitimität kann in starkem Widerspruch zu hoher lokaler Legitimität von Kriegsakteuren stehen (Gerdes 2015). Interventionen finden ihre Grenzen auch darin, dass die lokalen Akteure keine reinen Objekte der Intervention, son-

13 Fassin (2010, S. 319) bezeichnet die humanitäre Logik deshalb als mächtiges „imaginaire“ der Moderne, in dem sich die von Koselleck analysierten Begriffspaare von Griechen und Barbaren bzw. Christen und Heiden wiederholten (Koselleck 1979, S. 211). Zu den Dilemmata, die sich aus der Aneignung des Humanitären durch staatliche Politik und Militär für unabhängige NGOs ergeben, siehe Gebauer (2003).

dern selbst handlungsmächtig und politisch kompetent sind. Zwar erfahren viele die Interventen als unzuverlässige Fremde (Pouligny 2004, S. 306 et passim), aber die politisch Versierten wissen seit kolonialen Zeiten um die Machtchancen ihrer intermediären Position zwischen externen Interventen und lokaler Bevölkerung (von Trotha 1994; Veit 2010).

Das Zeitalter der Intervention hat keine strukturellen Veränderungen internationaler Politik bewirkt, aber Veränderungen im Modus internationalen Regierens: Die Politik der Interventen wirkt durch ihre sicherheitspolitischen und moralischen Antriebe in der Tendenz selbst-referentiell. Nicht die lokalen Kontexte und die dortigen politischen Akteure setzen ihnen Handlungsmaximen, sondern ihre heimische Öffentlichkeit und fremde politische Verbände. Von deren Ressourcen und politischer Unterstützung hängen sie ab (Koddenbrock 2016).

Mit der Terminologie der „Governance“ als Überbegriff wird eher verdeckt als bezeichnet, dass die Strategien und Maßnahmen der Kontrolle und Regulierung dienen, wohl auch, weil sie durch die Einbindung von NGOs als ausführende Organisationen immer indirekter organisiert sind. Auch hat die Zahl der Vermittlungsschritte im internationalen Regieren durch neue Technologien des Regierens zugenommen. Versuche der Rationalisierung im Sinne Max Webers sind sie gleichwohl, denn noch in den ländlichsten und abgelegenen Regionen der Interventionsgebiete werden Ereignisse und Bewertungen in numerische Codes verwandelt, die als administrative „Tatsachen“ und damit beherrschbar erscheinen (Morcillo Laiz u. Schlichte 2016).

6. Schluss: Für eine neue politische Soziologie der Weltgesellschaft

Krieg und politische Gewalt führen als Gegenstände der Forschung in der deutschen Politikwissenschaft nicht mehr das Schattendasein wie noch vor fünfzehn Jahren (z. B. Bussmann et al. 2009). Aber bedingt durch den überwiegend innerstaatlichen Charakter des Kriegsgeschehens nach 1945 ist die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen immer stärker darauf angewiesen, aus anderen sozialwissenschaftlichen Beständen Theoreme, Methoden und Begriffe heranzuziehen. Deshalb hat etwa die Kriegsursachenforschung weitaus früher als andere Teile der IB soziologische Theorien und Begriffe integriert (Gantzel u. Siegelberg 1990; Stetter 2013). Doch auf die Fragen, die sich aus der Dynamik des aktuellen Kriegsgeschehens und der transnationalen Gewalt ergeben, kann die Politikwissenschaft bis heute nicht viele befriedigende Antworten geben: Wie verbinden sich globale Diskurse und lokale politische Konflikte? Welche kommunikativen Zusammenhänge, welche Biographien und welche Lebenswelten erlauben diese Wanderungen und Verbindungen? Wie funktioniert internationalisierte politische Herrschaft in den Interventionsgebieten? Welche Widersprüche und Dynamiken wohnen diesen Konstellationen inne?

Zu diesen Fragen liefern die nachstehenden Beiträge wichtige Einsichten und Anregungen, sowohl auf die einzelnen Fälle bezogen wie auch in allgemeiner Hinsicht. Aus unserer Sicht lassen sich aus ihnen drei allgemeine Folgerungen für die politikwissenschaftliche Forschung zu Kriegen der Gegenwart ableiten:

a) In der empirischen Kriegsforschung fehlt es nach wie vor an kontextoffenen vergleichenden Fallstudien, die vor allem stärker erforschen, welche sozialen und politischen Dynamiken in Gewaltkonflikten stattfinden und auf welche komplexe Weise sie sich transnational verbinden. Die politikwissenschaftliche Konfliktforschung steht dabei auch vor der großen Herausforderung, jenseits der gängigen Methoden und Materialien (Presseberichte, Experteninterviews, Regierungspublikationen) politische Gewalt als Forschungsgegenstand methodisch innovativ neu zu entdecken. Methodisch entwickelt werden muss die historische Rekonstruktion der Akteurskonstellationen, ohne die politische Konflikte unverständlich bleiben müssen. Nötig ist aber auch eine stärker akteursnahe Forschung, die die legitimierenden Diskurse, Handlungslogiken und Politiken nicht-staatlicher Akteure in offenen, phänomenologisch orientierten Designs zu erfassen sucht (von Trotha 2000). Sie verspricht eine stärkere Annäherung an die soziale und politische Wirklichkeit kriegerischer Konflikte als die hochaggregierte quantitative Forschung, die ohne hermeneutische Elemente auszukommen meint. Jüngere, auf Primärquellen und Feldaufenthalten beruhende Arbeiten zu laufenden (Baczko et al. 2016), oder zu vermeintlich „eingefrorenen“ Konflikten (Smolnik 2016) zeigen dies ebenso wie Feldstudien zu staatlichen Akteuren (Neumann 2002; Münch 2015).

b) Gefragt ist eine neue politische Soziologie des Staates, die sich nicht nur von ihren stark normativen und westlich geprägten Idealtypen verabschiedet und ein Staatsverständnis entwickelt, das Formen und Zusammenhänge politischer Herrschaft offenen Analysen zugänglich macht, und sich nicht in „ex negativo“-Terminologie (schwach, fragil, beschränkt, defekt) erschöpft. Eine solche politische Soziologie des Staates müsste dann Teil der erweiterten „Internationalen Beziehungen“ sein, die bis dato mit einem idealisierten und verdinglichten Staatsverständnis operiert. Sonst bleiben die herausgestellten Tendenzen politischer Herrschaft – Oligarchisierung, Schließung, Internationalisierung – unverstanden, obwohl hier Zusammenhänge mit kriegerischen Eskalationen offensichtlich sind. Das Ziel von Interventionen, das „statebuilding“, ist der „Staatseffekt“, die Funktion der staatlichen Sphäre als „Zentralbank symbolischen Kapitals“ (Bourdieu 2011, S. 196), die Errichtung einer souveränen und legitimen Herrschaftsinstanz. Um über die Chancen und Grenzen solcher Bemühungen mehr zu erfahren, müssten die inneren Zusammenhänge sowohl erfolgreicher wie ausgebliebener Teilautonomisierung staatlicher Handlungsfähigkeit im Mittelpunkt einer neuen Staatssoziologie stehen. Sie müsste historisch informiert und vergleichend orientiert auch die Fälle unvoreingenommen in den Blick nehmen, die gemeinhin als „gescheitert“ gelten (z. B. Olivier de Sardan u. Bierschenk 2014). Für einen Großteil der Staaten dieser Welt liegen jedoch bis heute noch nicht einmal empirische Analysen ihrer Fiskalität, ihrer Polizei oder ihrer Verwaltungen vor.

c) Aus den nachfolgenden Beiträgen wird erneut deutlich, dass die Kriege der Gegenwart zugleich geschichtliche Phänomene sind (Lüthy 1966). Diese neue politische Soziologie der Weltgesellschaft (Jung 2001; Schlichte 2005) müsste sich mit einer Betonung der Geschichtlichkeit des Politischen und der Historizität heutiger politischer Konflikte verbinden. Gegen die ahistorische, funktionalistische Governance-Perspektive gilt es das Politische der Politik wieder freizulegen, das an der Existenzialität des Krieges unübersehbar wird. Der Blick in die lange Ge-

schichte der internationalen Politik, der früheren, aber immer noch erinnerten Gewalt, würde zum Beispiel die „Antinomien des demokratischen Friedens“ (Geis et al. 2010) auflösen können. Eine historische Perspektive würde erkennbar machen, wie geschichtliche Erfahrung und die zugehörigen Narrative das außenpolitische Verhalten von Staaten mitbestimmen. Darin spielt die normative Ordnung moderner Demokratien eine Rolle, aber es überleben auch klassische machtpolitische Orientierungen. Dass der deutsche Diskurs hier eine Ausnahme zu sein scheint, verweist direkt auf die Rolle historischer Erfahrungen und ihrer erinnerten Fassungen. Aus einer historisch informierten Perspektive wird „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Bloch [1935] 1985, S. 104) als Grundmerkmal der Weltgesellschaft erkennbar, die es erlaubt, Kriege nicht als Ausdruck religiöser, ethnischer oder sonstiger kultureller Inkompatibilitäten zu verstehen, sondern zu allererst als politische Phänomene (Todorov 2008, S. 154), denen soziale Prozesse mit historisch geformten Akteuren zugrunde liegen.

Literatur

- Acemoglu, Daron / Robinson, James 2012: *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Crown Publ.
- Agbiboa, Daniel E. 2014: *Peace at Daggers Drawn? Boko Haram and the State of Emergency in Nigeria*, in: *Studies in Conflict and Terrorism*, 37, 1, 41-67.
- Albrecht, Holger / Schlumberger, Oliver 2004: „Waiting for Godot“: Regime Change Without Democratization in the Middle East, in: *International Political Science Review*, 25, 4, 371-392.
- Allen, Susan H. / Yuen, Amy T. 2014: *The Politics of Peacekeeping: UN Security Council oversight across peacekeeping missions*, in: *International Studies Quarterly*, 58, 621-632.
- Axelrod, Robert / Keohane, Robert 1985: *Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions*, in: *World Politics*, 38, 1, 226-254.
- Ayoob, Mohammed, 2002: *Inequality and Theorizing in International Relations: The Case for Subaltern Realism*, in: *International Studies Review*, 4, 3, 27-48.
- Bacevich, Andrew J. 2008: *The Limits of Power. The end of American exceptionalism*, London: Macmillan.
- Baczko, Adam / Dorronsoro, Gilles / Quesnay, Arthur 2016: *Syrie. Anatomie d'une guerre civile*, Paris: CNRS Editions.
- Bakonyi, Jutta / Hensell, Stephan / Siegelberg, Jens (Hg.) 2006: *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden: Nomos.
- Barnett, Michael 2011: *Empire of Humanity. A History of Humanitarianism*, Ithaca: Cornell University Press.
- Bayart, Jean-François 2007: *Global Subjects. A political critique of globalization*, Cambridge: Polity.

-
- Beisheim, Marianne / Liese, Andrea / Janetschek, Hannah / Sarre, Johanna 2014: Transnational Partnerships: Conditions for Successful Service Provision in Areas of Limited Statehood, in: *Governance*, 27, 4, 655-673.
- Bellamy, Alex J. 2010: The Responsibility to Protect Five Years On, in: *Ethics & International Affairs*, 24, 2, 143-169.
- Berg-Schlosser, Dirk / Stammen, Theo 2003: *Einführung in die Politikwissenschaft*, München: Beck.
- Bhambra, Gurminder 2011: Historical Sociology, Modernity, and Postcolonial Critique, in: *American Historical Review*, 116, 3, 653-662.
- Binder, Martin / Heupel, Monika, 2015: The Legitimacy of the UN Security Council: Evidence from Recent General Assembly Debates, in: *International Studies Quarterly*, 59, 2, 238-250.
- Bliesemann de Guevara, Berit, 2012: Introduction: Statebuilding and State-Formation, in: Bliesemann de Guevara (Hg.), *Statebuilding and State-Formation. The Political Sociology of Intervention*, London: Routledge, 1-19.
- Bloch, Ernst 1985 [1935]: *Erbschaft dieser Zeit*, erw. Ausg., Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève 2007: *The New Spirit of Capitalism*, London: Verso.
- Bourdieu, Pierre 2011: *Sur l'État. Cours au Collège de France 1989-1992*, Paris: Seuil.
- Bourdieu, Pierre 1989: Social Space and Symbolic Power, in: *Sociological Theory*, 7, 1, 14-25.
- Buchanan, James 1980: Rent Seeking and Profit Seeking, in: Buchanan, James / Tollison, Robert / Gordon Tullock (Hrsg.), *Toward a Theory of the Rent Seeking Society*, College Station: Texas A & M University Press, 3-15.
- Bussmann, Margit / Hasenclever, Andreas / Schneider, Gerald (Hg.) 2009: *Identität, Institutionen und Ökonomie. Ursachen innenpolitischer Gewalt*, PVS-Sonderheft 43, Wiesbaden: VS.
- Chandler, David 2002: *From Kosovo to Kabul and Beyond. Human rights and the international intervention*, London: Pluto.
- Chojnacki, Sven / Reisch, Gregor 2008: Perspectives on War. Collecting, comparing and disaggregating data on violent conflicts, in: *Sicherheit und Frieden*, 26, 4, 233-245.
- Daase, Christopher / Feske, Susanne / Peters, Ingo (Hg.) 2002: *Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos.
- Debrix, François 1999: *Pre-Envisioning Peacekeeping The United Nations and the mobilization of ideology*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- De Goede, Marieke, 2008: The Politics of Preemption and the War on Terror in Europe, in: *European Journal of International Relations*, 14, 1, 161-185.
- Diamond, Larry 2008: The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State, in: *Foreign Affairs*, 87, 36-48.
- Dingwerth, Klaus / Schneider, Christian/ Blauberger, Michael 2011: *Postnationale Demokratie. Ein Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Duffield, Mark 2007: *Development, Security and Unending War: Governing the world of peoples*, Cambridge: Polity Press.
- Duffield, Mark 2001: *Global Governance and the New Wars: the merging of development and security*, Lonten: Zed Books.

-
- Elyachar, Julia 2005: *Markets of Dispossession. NGOs, Economic Development, and the State in Egypt*. Durham: Duke University Press.
- Evans, Peter 1995: *Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Fassin, Didier 2010: *La raison humanitaire. Une histoire morale du temps présent*, Paris: Gallimard.
- Fearon, James D. / Laitin, David D. 2004: Neotrusteeship and the Problem of Weak States, in: *International Security*, 28, 4, 5-43.
- Fearon, James / Wendt, Alexander, 2002: Rationalism vs. Constructivism: a skeptical view, in: Carlsnaes, Walter / Risse, Thomas / Simmons, Beth (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London: Sage, 52-72.
- Foucault, Michel, 1977: *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis 2014: *Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalisation of Democracy*, London: Profile Books.
- Fukuyama, Francis 2011: *The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution*, New York: Farrar, Strauss and Giroux.
- Fukuyama, Francis 2005: "Stateness" First, in: *Journal of Democracy*, 16, 1, 84-88.
- Gantzel, Klaus Jürgen 2002: *Neue Kriege? Neue Kämpfer?*, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Kriege 2/2002, Universität Hamburg
- Gantzel, Klaus Jürgen / Siegelberg, Jens 1990: *Krieg und Entwicklung. Überlegungen zur Theoretisierung von Kriegsursachen unter besonderer Berücksichtigung der Zeit nach 1945*, in: Volker Rittberger (Hg.), *Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, PVS-Sonderheft 21, 219-239.
- Gebauer, Thomas 2003: ... als müsse die Rettung erst noch erdacht werden, in: *Medico International* (Hrsg.), *Macht und Ohnmacht der Hilfe*, Frankfurt a.M.: Medico International, 13-21.
- Geis, Anna / Müller, Harald / Schörnig, Niklas 2010: *Liberales Demokratien und Krieg. Warum manche kämpfen und andere nicht. Ergebnisse einer vergleichenden Analyse von Parlamentsdebatten*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 17, 2, 171-202.
- Gerdes, Felix 2015: *The Interplay of Domestic Legitimation and Foreign Relations: Contrasting Charles Taylor and Ellen Johnson Sirleaf of Liberia*, in: *Civil Wars*, 17, 4 (i.Ersch.).
- Gerschenkron, Alexander 1962: *Economic Backwardness in Historical Perspective. A Book of Essays*, Cambridge: Belknap Press.
- Gleditsch, Nils Peter / Wallensteen, Peter, Eriksson, Mikael; Sollenberg, Margareta / Strand, Håvard 2002: *Armed Conflict 1946-2001: A new dataset*, in: *Journal of Peace Research*, 39, 5, 615-637.
- Gromes, Thorsten / Dembinski, Matthias 2013: *Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005*, HSFK-Report 2/2013, Frankfurt a.M.: HSFK
- Guilhot, Nicolas 2005: *The Democracy Makers. Human rights and the politics of global order*, New York: Columbia UP.
- Hanrieder, Tine, 2008: *Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen »Erklärung« moralischer Debat-ten*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 15, 2, 161-186.

-
- Hanrieder, Tine, 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen »Erklärung« moralischer Debatten, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 15, 2, 161-186.
- Heerten, Lasse 2011: A wie Auschwitz, B wie Biafra der Bürgerkrieg in Nigeria und die Universalisierung des Holocaust, in: *Zeithistorische Forschungen*, 8, 3, 394-413.
- Hensell, Stephan/Schiek, Sebastian: Seeing Like a President: The Dilemma of Inclusion in Kazakhstan, in: Stewart, Susan/Klein, Margarete/Schmitz, An-drea/Schröder, Hans-Henning (Hg.). *Presidents, Oligarchs and Bureaucrats: Forms of Rule in the Post-Soviet Space*, Farnham: Ashgate 2012, 203-222 .
- Heupel, Monika / Zangl, Bernhard 2003: Die empirische Realität des „neuen Krie-ge“, InIIS-Arbeitspapier 27, Universität Bremen: InIIS.
- Hibou, Béatrice 2011: *Anatomie politique de la domination*, Paris: La Découverte.
- Higazi, Adam 2013: Les origines et la transformation de l'insurrection de Boko Haram dans le Nord du Nigéria, in: *Politique africaine*, n° 130, 137-164.
- Holsti, Kalevi J. 196: *The State, War and the State of War*, Cambridge: Cambridge UP.
- Hurrell, Andrew 2002: Norms and Ethics in International Relations, in: Carlsnaes, Walter / Risse, Thomas / Simmons, Beth (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London: Sage, 137-153.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa, 2003: The True Clash of Civilizations. In: *Foreign Policy*, No. 135, 62-70.
- Jung, Dietrich 2001: The Political Sociology of World Society, in: *European Journal of International Relations*, 7, 4, 443-474.
- Jung, Dietrich / Schlichte, Klaus / Siegelberg, Jens 2003: *Kriege in der Weltgesellschaft. Empirische Analysen und strukturgeschichtliche Erklärung (1945-2002)*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kahl, Martin / Teusch, Ulrich 2004: Sind die „neuen Kriege“ wirklich neu?, in: *Leviathan*, 32, 3, 382-401.
- Kaldor, Mary 1998: *New and Old Wars. Organized violence in a global era*, Stanford, Cal: Stanford UP.
- Kalyvas, Stathis 2001: „New“ and „Old“ Civil Wars: a valid distinction?, in : *World Politics*, 54, 1, 99-118.
- Karadag, Roy 2013: Für eine historische Soziologie kapitalistischer Spielarten, in: *Peripherie* 130/131, 243-263.
- Keck, Otto 1995: Rationales kommunikatives Handeln in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2, 1, 5-48.
- Kerner, Ina 2011: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Koddenbrock, Kai 2016: *The Practice of Humanitarian Intervention. Aid workers, agencies and institutions in the Democratic Republic of the Congo*, London: Routledge.
- Kohli, Atul 2004: *State-directed Development. Political Power and Industrialization in the Global Periphery*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Koselleck, Reinhart 1979: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Krämer, Gudrun 2011: *Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt*, München: C.H. Beck.

-
- Krasner, Stephen D. 2004: Sharing Sovereignty: New institutions for collapsed and failing states, in: *International Security*, 29, 2, 85-120.
- Kreuder-Sonnen, Christian / Zangl, Bernhard 2015: Which Post-Westphalia? *International Organizations between Constitutionalism and Authoritarianism*, in: *European Journal of International Relations*, 21, 3, 568-594.
- Krueger, Anne 1980 [1974]: *The Political Economy of the Rent-Seeking Society*, in: Buchanan, James / Tollison, Robert/Gordon Tullock (Hrsg.), *Toward a Theory of the Rent Seeking Society*, College Station: Texas A & M University Press, 51-70.
- Kurtenbach, Sabine 1991: *Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika: ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile*, Hamburg: Lit.
- Loimeier, Roman 2012: *Boko Haram: The Development of a Militant Religious Movement in Nigeria*, in: *Africa-Spectrum*, 48, 2, 137-155.
- Lüthy, Herbert 1967: *In Gegenwart der Geschichte: historische Essays*, Köln: Kiepenheuer u. Witsch.
- Luttwak, Edward N. 1999: Give War a Chance, in: *Foreign Affairs*, 78, 4, 36-44.
- Mamdani, Mahmood 2002: Good Muslim, Bad Muslim: A Political Perspective on Culture and Terrorism, in: *American Anthropologist*, 104, 3, 766-775.
- Mann, Michael 1984: The Autonomous Power of the State: Its Origins, Mechanisms and Results, in: *European Journal of Sociology*, 25, 2, 185-213.
- March, James G. / Olsen, Johan 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization*, 52, 4, 949-969.
- Mazower, Mark, 2012: *Governing the World. The History of an Idea, 1815 to the Present*. New York: Penguin.
- Mbembe, Achille: *Critique de la raison nègre*, Paris: La Découverte.
- Migdal, Joel 2001: *State in Society. Studying How States and Societies Transform and Constitute One Another*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Migdal, Joel, 1988: *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Morcillo Laiz, Álvaro / Schlichte, Klaus 2016: Rationality and International Domination: Revisiting Max Weber, in: *International Political Sociology*, i. Ersch.
- Mosse, David 2013: The Anthropology of International Development, in: *Annual Review of Anthropology*, 42, 227-246.
- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln: zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1, 1, 15-44.
- Münch, Philipp 2015: *Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen*, Freiburg: Rombach.
- Münkler, Herfried 2002: *Die neuen Kriege*, Reinbek: Rowohlt.
- Neumann, Iver B. 2002: *At Home with the Diplomats. Inside a European Foreign Ministry*, Ithaca, NY: Cornell UP.
- North, Douglass / Wallis, John J. / Weingast, Barry 2009: *Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*, Cambridge: Cambridge University Press.

-
- Olivier de Sardan, Jean-Pierre / Bierschenk, Thomas 2014: *States at Work. Dynamics of African bureaucracies*, Leiden: Brill.
- Pandolfi, Mariella 2013: *From Paradox to Paradigm. The permanent state of emergency in the Balkans*, in: Fassin, Didier / Pandolfi, Mariella (Hg.) 2013: *Contemporary States of Emergency. The politics of military and humanitarian intervention*, New York: Zone Books, 153-172.
- Paris, Roland 1997: *Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism*, in: *International Security*, 22, 2, 54-89.
- Poulligny, Béatrice 2004: *Ils nous avaient promis la paix. Opérations de l'ONU et populations locales*, Paris: Sciences Po.
- Richmond, Oliver P. 2005: *The Transformation of Peace*, London: Palgrave.
- Rothstein, Bo 2011: *The Quality of Government. Corruption, Social Trust, and Inequality in International Perspective*, Chicago: Chicago University Press.
- Ruggie, John Gerard 1998: *What Makes the World Hang Together? Neo-utilitarianism and the Social Constructivist Challenge*, in: *International Organization*, 52, 4, 855-885.
- Schlichte, Klaus 2005: *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Schlichte, Klaus 2006: *Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47, 4, 547-570.
- Schlichte, Klaus 2009: *In the Shadow of Violence. The politics of armed groups*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Schlichte, Klaus / Veit, Alex 2012: *Three Arenas: the conflictive logic of external state-building*, in: Berit Bliesemann (Hrsg.), *State-Building or State-Formation?*, New York: Palgrave, 167-183.
- Schlichte, Klaus / Wilke, Boris 2000: *Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Zur Zukunft des Regierens in der ‚Dritten Welt‘*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 7, 2, 359-384.
- Schneckener, Ulrich 2016: *Status-Quo orientierte Gewalt? Zur Charakterisierung von Milizen*, in: *Sicherheit und Frieden (i.Ersch.)*.
- Schreiber, Wolfgang (Hg.) 2011: *Das Kriegsgeschehen 2009. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte*, Wiesbaden: VS.
- Seibel, Wolfgang 2015: *Politisierung internationaler Organisationen: Eine theoretische Einordnung am Beispiel der Vereinten Nationen und des Prinzips der Schutzverantwortung*, in: Conceição-Heldt, Eugénia / Koch, Martin / Liese, Andrea (Hrsg.), *Internationale Organisationen. Autonomie, Politisierung, interorganisationale Beziehungen*, PVS-Sonderheft 49, 239-265.
- Senghaas, Dieter, 2012: *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt: Hat Frieden Zukunft?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Slater, Dan 2010: *Ordering Power. Contentious Politics and Authoritarian Leviathans in Southeast Asia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Smolnik, Franziska 2016: *Secessionist Rule. Protracted conflict and configurations of non-state authority*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Soifer, Hillel 2008: *State Infrastructural Power: Approaches to Conceptualization and Measurement*, in: *Studies in Comparative and International Development*, 43, 231-251.

-
- Stetter, Stephan (Hg.) 2013: Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen, Leviathan-Sonderheft Nr. 28, 11-58.
- Stone, Diane 2000: Think Tank Transnationalisation and Non-Profit Analysis, Advice and Advocacy, in: *Global Society*, 14, 2, 153-172.
- Tilly, Charles 1998: Where Do Rights Come From? In: Skocpol, Theda (ed.): *Democracy, Revolution, and History*, Ithaca: Cornell University Press, 55-72.
- Todorov, Tzvetan 2008: *La peur des barbares. Au delà du choc des civilisations*, Paris: Editions Robert Laffont.
- Veit, Alex 2010: Intervention as Indirect Rule. Civil War and Statebuilding in the Democratic Republic of Congo, *Micropolitics of Violence*, Frankfurt: Campus.
- von Trotha, Trutz 2000: Gewaltforschung auf Popitzschen Wegen. Antireduktionismus, Zweckhaftigkeit und Körperlichkeit der Gewalt, in: *Mittelweg* 36, 9, 6, 26-36.
- von Trotha, Trutz 1994: Koloniale Herrschaft. Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des "Schutzgebietes Togo", Tübingen: Mohr.
- Waldner, David, 1999: *State Building and Late Development*, Ithaca: Cornell University Press.
- Watkins, Susan Cotts / Swidler, Ann / Hannan, Thomas 2012: Outsourcing Social Transformation: Development NGOs as Organizations, in: *Annual Review of Sociology*, 38, 285-315.
- Weinlich, Silke 2014: *The UN Secretariat's Influence on the Evolution of Peacekeeping*, London: Palgrave.
- Weaver, Catherine 2008: *Hypocrisy Trap. The World Bank and the Poverty of Reform*, Princeton: Princeton University Press.
- Winters, Jeffrey, 2011: *Oligarchy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Zürn, Michael 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.